

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion FDP (Stephan Hügli-Schaad/Dolores Dana) vom 26. Mai 2005: Fusion der Museen Zentrum Paul Klee und Kunstmuseum Bern (05.000231)

In der Stadtratssitzung vom 29. März 2007 wurde das folgende Postulat Fraktion FDP erheblich erklärt:

Immer mehr wird bekannt, dass das Zentrum Paul Klee nach seiner Eröffnung sehr bald, nämlich ab dem 1. Januar 2006, ein Defizit in den Betriebskosten von gegen 2 Millionen Franken aufweisen wird. Wer diese Lücke ausfüllt ist unklar. Zudem ist unklar, wer die Unterhaltskosten des Gebäudes (Bausumme ca. 100 Millionen Franken) dereinst übernehmen wird.

Bekannt ist auch, dass im Zusammenhang mit der Diskussion um ein Museum der Gegenwartskunst die Frage der Fusion bzw. Nichtfusion der beiden Museen Paul Klee und Kunstmuseum Bern diskutiert wird, aber nicht vollzogen werden soll. Dem Vernehmen nach soll eine Fusion mindestens eine Einsparung von ca. 1 Million Franken, ohne Qualitätsverlust, bringen oder eine erhöhte Effizienz beim kumulierten Einsatz von Mitteln. Dabei spricht nichts dagegen, dass in einer neuen Organisation die beiden Museen als weitgehend selbständige Abteilungen geführt werden können.

Wir gehen davon aus, dass durch eine Fusion der beiden Museen, nebst anderen, vor allem in folgenden Bereichen namhafte Einsparungen gemacht oder Mehrwerte schaffen werden können:

1. Mehr Marketingreichweite mit gemeinsamen Mitteln und damit mehr Einnahmen
2. Eine gemeinsame Informatiklösung
3. Eine statt zwei Direktionen und entsprechende Backofficebereiche
4. Eine statt zwei Versicherungslösungen
5. Ein Sicherheitsdienst
6. Eine statt zwei Buchhaltungen und Administration
7. Eine Reinigungsequipe
8. Gegenseitige Stellvertretungen
9. Eine gemeinsame Ausleihorganisation
10. Reduktionen im logistischen Bereich dank gegenseitigen Stellvertretungen
11. Bessere Koordination und weniger Aufwand beim Kulturgüterschutz und der Lagerhaltung
12. Mehr Synergien beim Ausleihen von Bildern an andere Ausstellungen und damit auch bessere Ausgangslage beim Ausleihen derselben von anderen Sammlungen und Museen.
13. Besseres Renommé und höhere Akzeptanz bei potentiellen Donatoren von Pekunien oder Kunstgegenständen
14. Einer statt zwei Leistungsverträge
15. Ein Verwaltungs-, ein Aufsichts-, ein Kontrollorgan statt deren zwei
16. Keine Grabenkämpfe und kein Gezänk sondern einheitlicher Auftritt gegen aussen.

Die Museen bzw. die Subventionsgeber stehen in einer sehr schwierigen Finanzsituation. Absehbare Defizite sind zur Zeit nicht gedeckt, Fusionsverhandlungen mit entsprechendem grossen Synergiepotential scheitern offenbar regelmässig am Kunstmuseum bzw. am Mäzen der Gegenwartskunst. Diese Situation ist unhaltbar und die öffentlichen Hände (Kanton Bern, Stadt Bern, Agglomerationsgemeinden) müssen handeln. Der absehbare „Fusionsgewinn“ ist umgehend zu realisieren, spätestens jedoch auf den 1. Januar 2008 (Inkrafttreten der neuen

Subventionsverträge). Falls dies aus irgendeinem Grund scheitern sollte, müssen die Subventionen um den entsprechenden Betrag gekürzt werden.

Daneben gibt es zahlreiche strategische Vermarktungs-Vorteile, die hier nicht näher beleuchtet werden sollen und die auch noch erarbeitet werden müssen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert:

Bis spätestens auf den 1. Januar 2008 (Inkrafttreten) die Fusion des Museen Zentrum Paul Klee und des Kunstmuseums Bern umzusetzen bzw. beim Scheitern die Subventionen im entsprechenden Ausmass des „Fusionsgewinns“ zu kürzen.

Bern, 26. Mai 2005

Motion Fraktion FDP (Stephan Hügli-Schaad/Dolores Dana, FDP), Sibylle Burger-Bono, Ueli Haudenschild, Sandra Wyss, Christian Wasserfallen, Hans Peter Aeberhard, Christoph Müller, Beat Schori, Erich Ryter, Daniel Kast, Daniel Lerch, Reto Nause, Margrit Thomet, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Thomas Weil, Simon Glauser, Peter Bühler

In der Stadtratssitzung vom 3. Juli 2008 wurde einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts um 3 Jahre, das heisst bis 3. Juli 2011, zugestimmt.

Bericht des Gemeinderats

Seit der Gründung des Zentrums Paul Klee und dem Auszug der substantiellen Klee-Bestände vom Kunstmuseum (KMB) in das neue Haus ist die Zusammenarbeit von Kunstmuseum und Zentrum Paul Klee (ZPK) ein Thema. Erste Annäherungen haben stattgefunden, zuerst in der Administration, im Winter 2010/2011 auch bei der gemeinsam kuratierten Ausstellung „Lust und Laster“. Seit Vorliegen der Kulturstrategie für den Kanton Bern, nach der die beiden Museen unter alleiniger Steuerung durch den Kanton gestellt werden sollen, ist die Struktur-Diskussion konkret und wird sie von den beiden Häusern selbst geführt.

Gemäss kantonaler Kulturstrategie und Entwurf des Kantonalen Kulturförderungsgesetzes (KKFG), sollen die beiden Häuser ab 2014 allein vom Kanton subventioniert werden und soll eine Fusion angestrebt werden. Der Grosse Rat hat die Kulturstrategie im April 2009 diskutiert und eine Planungserklärung abgegeben, wonach neben der Fusion auch die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit geprüft werden soll und bei diesem Prozess die beiden Häuser aktiv einzubeziehen sind. Im März 2010 wurden die Spitzen der beiden Museen beauftragt, bis Ende Jahr einen Bericht vorzulegen, welcher aufzeigt: welche Form der Zusammenarbeit möglich ist mit dem Ziel Kosten zu sparen und Effizienz zu steigern, wie eine gemeinsame Bespielung des Südhügels im Zentrum Paul Klee aussehen könnte und welche Varianten für eine engere Zusammenarbeit rechtlich und organisatorisch in Frage kommen. Nach ersten Diskussionen zwischen den Direktionen der beiden Häuser schalteten sich Ende 2010 die beiden Stiftungsräte ein und erteilten einer gemeinsamen Arbeitsgruppe den Auftrag, ein Vorgehensplan zu definieren. Der Auftrag lautet konkret Voraussetzungen, Ziele und Rahmenbedingungen einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen KMB und ZPK zu prüfen: unter künstlerischen, betrieblichen, wirtschaftlichen, organisatorischen und rechtlichen Gesichtspunkten. Regierungsrat Bernhard Pulver hat das gewählte Vorgehen begrüsst. Inzwischen wurde das Projekt „Bildende Kunst Bern“ (Arbeitstitel) gestartet, ein externer Projektleiter eingesetzt und ein Zeitplan beschlossen. Ende 2011 müssen erste Erkenntnisse über das weitere Vorgehen vorliegen.

Im Subventionsvertrag 2012 - 2015 ist die Zusammenarbeit der beiden Museen vorgegeben, ebenso eine aktive Beteiligung an der Diskussion um engere Zusammenarbeit. Ob sich aus den laufenden Arbeiten am Projekt tatsächlich eine Fusion ergibt oder ob andere Formen der näheren Zusammenarbeit gewählt werden, ist zum heutigen Zeitpunkt offen. Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass diesbezügliche organisatorische Veränderungen nicht in die nächste Subventionsperiode fallen werden, handelt es sich doch bei beiden Häusern um eigenständige Stiftungen mit grossem Vermögen, und insbesondere beim Kunstmuseum Bern, mit assoziierten Stiftungen und namhaften Deposita, deren aller Interesse in einem solchen Prozess ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

Bern, 4. Mai 2011

Der Gemeinderat